

Dr. oec. Publ. Dr. h.c. Manuela Troschke

Redebeitrag auf der Demonstration am 1.12.2022. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr verehrte Damen und Herren,

die Veranstalter haben um eine Kurzvorlesung gebeten. Dem komme ich gern nach. Mein Forschungsgebiet ist der internationale Klimaschutz. Hier hat Deutschland auf der gerade beendeten internationalen Klimakonferenz in Ägypten eine Vorreiterrolle beansprucht.

Studenten der Wirtschaftswissenschaften lernen und Professoren der Wirtschaftswissenschaften lehren noch heute, dass sich bei einem Austausch von Waren und Dienstleistungen über Grenzen hinweg alle Beteiligten - ökonomisch gesehen - besserstellen als ohne diesen Austausch. Dasselbe gilt für grenzüberschreitende Investitionen, die wir auch als „ausländische Direktinvestitionen“ bezeichnen. Entsprechend positiv wurden die Effekte der raschen Globalisierung eingeschätzt.

Die sogenannten „externen Effekte“, also Kosten, die das eigene Verhalten verursacht, die aber Andere oder die Allgemeinheit zu tragen haben, wurden und werden dabei meist vernachlässigt.

Klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen sind externe Effekte. In den zahlreichen Abkommen über Freihandel und Schutz ausländischer Investoren, geschlossen in den letzten Jahrzehnten, spielte CO<sub>2</sub> keine Rolle.

Das globale Problem der Erderhitzung macht die Fehler der raschen, ja forcierten, Globalisierung sichtbar. Unsere politischen Entscheidungsträger stehen daher bei der Klimapolitik vor Herausforderungen, um die sie nicht zu beneiden sind. Ich nenne fünf davon:

- 1) Handels- und Investitionsschutzabkommen schränken die Handlungsfreiheit ein, weil sie ausländische Produzenten und Investoren vor staatlichen Eingriffen schützen. Dies gilt für technische Standards, Umweltschutzaufgaben, die grenzüberschreitende CO<sub>2</sub>-Besteuerung der EU und sogar den nationalen Energiemix. Dies ist vielen Bürgern nicht bewusst.
- 2) Im Falle von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten dürfen meist ausschließlich private Schiedsgerichte entscheiden. Diese können sogar die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes ignorieren. Wegen der asymmetrischen Information unterliegen die Staaten oft und müssen die Investoren finanziell entschädigen. Das kostet Steuergelder.
- 3) Aufgrund der forcierten Globalisierung holen bevölkerungsreiche Staaten wie China und Indien die Industrialisierung auf niedrigem technologischen Niveau nach. Dies führt zu einem starken Anstieg der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Technologietransfer kann diese Entwicklung bremsen. Eine Rückkehr zu Austeritätspolitik und nationalen Egoismen nicht.
- 4) Wenn für CO<sub>2</sub>-Emissionen in manchen Staaten gezahlt werden muss, in anderen nicht, entstehen Verzerrungen im internationalen Wettbewerb. Politische Entscheidungsträger haben die Wahl zwischen Skylla und Charybdis – entweder sie kompensieren die heimischen Produzenten oder sie riskieren deren Abwanderung.
- 5) Entwicklungsländer haben kaum von der Globalisierung profitiert, leiden aber unter den Auswirkungen der Erderhitzung stärker als der industrialisierte Norden. Sie verfügen nicht über finanzielle Mittel zur Eindämmung der Schäden, die andere verursacht haben. Sie fordern nun ebenfalls Kompensation.

Hier ist Deutschland während des letzten „Klimagipfels“ (COP 27) wie eingangs erwähnt einen Schritt vorwärts gegangen – aber es mangelt am Konkreten. Absichtserklärungen kann man nicht trinken und nicht essen.

Wir verfügen über ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium und über Technologien, um die Erderhitzung zu stoppen. Es nutzt aber fast nichts, wenn wir sie nur innerhalb unserer eigenen Grenzen anwenden.

Ich ermutige in dieser existentiellen Krisensituation die politischen Entscheidungsträger:

Akzeptieren Sie die Fehler der Vergangenheit anstatt Schuldige zu suchen.

Ignorieren Sie parteipolitische Plänkeleien, handeln Sie als Expertenregierung.

Und: Respektieren Sie die Wissenschaftler, die Ihnen dabei zur Seite stehen können.

Danke für die Aufmerksamkeit.